

Der organisatorische Aufbau der CDU und der LDP verlief vor allem in der ersten Nachkriegszeit widerspruchsvoll und auch nicht immer ohne gegenseitige Konkurrenz: Die Parteiverbände in den einzelnen Ländern der sowjetischen Zone neigten nicht selten zu politischer Eigenwilligkeit, da sie vielfach spontan, das heißt unabhängig von den Vorständen in Berlin, gegründet worden waren. Dazu kam die unberechenbare Haltung der sowjetischen Militärverwaltung. Namentlich in kleineren Städten, in Kreisen und Gemeinden legten es die sowjetischen Militärkommandanten in engem Zusammengehen mit den deutschen Kommunisten darauf an, den Aufbau und die Entfaltung der bürgerlichen Parteien zu behindern. Die Lizenzierung neugegründeter Ortsgruppen der CDU und der LDP verzögerte sich mitunter monatelang und lähmte dementsprechend ihre politische Aktivität. Auch wurden die beiden Parteien ähnlich wie die SPD, solange sie noch existieren durfte, bei der Papierkontingentierung für Zeitungen und andere Druckschriften sowie bei der Zuteilung von Benzin benachteiligt. Die zentralen Presseorgane der CDU und der LDP, „Neue Zeit“ und „Der Morgen“, mußten sich vom ersten Tage ihres Erscheinens an mit einer unzureichenden Auflage und mit geringem Umfang begnügen. Die fünf bzw. vier regionalen Zeitungen der CDU und der LDP in den Ländern und Provinzen durften im Gegensatz zu den täglich erscheinenden Blättern der SED lange Zeit nur zwei- bis dreimal wöchentlich herauskommen. Da sie die wirksamsten Mittel darstellten, die demokratische Opposition gegen den kommunistischen Machtanspruch publik zu machen, und in der Tat aus ihren Spalten bis hinein in das Jahr 1949 der Geist des Widerstands sprach, vermochten sie niemals auch nur annähernd der verständlicherweise großen Nachfrage in der Bevölkerung nachzukommen.

Die in sich widersprüchliche Taktik der sowjetischen Besatzungspolitik, die bürgerlichen Parteien einerseits zu dulden und andererseits zu hemmen, dürfte hauptsächlich darin begründet gewesen sein, daß sie eine mögliche Opposition nichtkommunistischer Kräfte gegen die Entwicklung zur „Volksdemokratie“ von vornherein ermitteln und gleichzeitig paralisieren wollte. Diese Auffassung wird durch die bereits am 14. Juli 1945 in Berlin vereinbarte Bildung eines „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ aus den damals lizenzierten vier Parteien (KPD, SPD, LDP, CDU) gestützt. Im „Antifa-Block“ — dessen Konstituierung in allen Ländern und Provinzen, Kreisen, Städten und Gemeinden der sowjetischen Zone nachvollzogen wurde — mußten sämtliche Beschlüsse einstimmig gefaßt werden; deshalb konnten die bürgerlichen Parteien der Bevölkerung niemals eine eigene Alternative offen zur Entscheidung stellen, sondern die politischen Bestre-⁴⁵